Wittgensteiner Zeitung

Die „Wittgensteiner Zeitung" erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage, und kostet monatlich 2 Mark / Postscheckkonto 404 49 Köln
Girokonto: Kreis-Sparkasse Laasphe Nr. 89

Tageszeitung für den Kreis Wittgenstein

Mit der wöchentlichen Beilage „Heimat und Welt"

Schriftleitung, Druck und Verlag von Ernst Schmidt in Laasphe

Anzeigen: 1 mm hoch, 42 mm breit 10 Pfg.
Familien- und Kleine Anzeigen . . . . 8 Pfg.
Reklamen: 1 mm hoch, 90 mm breit 50 Pfg.
:-: Bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif :-:

Nummer 89 — Fernsprecher Nr. 1 — Laasphe, Mittwoch den 17. April 1929 — 54. Jahrgang

Was geht in Polen vor?

Das nach dem Kriege neu geschaffene Polen ist der Form nach eine Republik. In Wirklichkeit aber steht das Land unter einer Diktatur. Sein Herrscher ist Marschall Pilsudski, Oberstkommandierender der Armee, gleichzeitig Kriegsminister und Inhaber der höchsten Regierungsgewalt. Er ist im Jahre 1926 durch einen Gewaltakt ans Ruder gekommen, indem er mit einem großen Truppenaufgebot nach Warschau marschierte, dort einrückte und die damals herrschende Regierung kurzerhand absetzte. Seit jener Zeit ist Pilsudski der eigentliche Beherrscher des polnischen Staates. Nichts kann ohne oder gar gegen ihn geschehen. Auch wenn er nicht immer nach außen hin als der entscheidende Faktor hervortritt, gilt doch nur das, was er will.

Dabei versteht er es, über seine letzten Ziele, Absichten und Pläne den Schleier eines mystischen Dunkels zu ziehen. Von Haus aus war er Sozialdemokrat, kämpfte in der Zeit, da der größte Teil des heutigen Polen noch russische Provinz war, gegen den zaristischen Absolutismus, entwickelte sich aber, seit er die Herrschaft an sich gerissen hat, immer weiter nach rechts, so daß ihm in Polen eine Zeitlang sogar die Absicht unterschoben wurde, daß er aus der Republik Polen eine Monarchie machen wolle. Ob er dies tatsächlich will, vermag niemand mit Bestimmtheit zu sagen — ebensowenig aber kann man das Gegenteil behaupten. Sicher ist, daß er — insbesondere in den letzten Monaten — keine Gelegenheit vorübergehen ließ, um seiner Verachtung gegenüber dem parlamentarischen System im allgemeinen und dem polnischen Parlament im besonderen offen Ausdruck zu geben. Dieses polnische Parlament — der Sejm — ist ihm überhaupt ein Dorn im Auge. Erst in den letzten Tagen hat Pilsudski wieder einmal einen Artikel gegen den Sejm veröffentlicht, der von geradezu hanebüchenen Beleidigungen der Mitglieder dieses Parlaments nur so strotzt. Der Parlamentspräsident hat dagegen in einem ebenfalls recht temperamentvollen Artikel protestiert — aber was nützt das? Pilsudski, der Marschall von Polen, behandelt das Parlament nach wie vor schlimmer als etwa früher ein Unteroffizier seine Rekruten behandeln durfte. Er hat jetzt erreicht, daß das seitherige Ministerium zurücktrat, offenbar, weil es mit dem wahren Beherrscher des Landes nicht mehr auskommen konnte. Ministerpräsident Bartel hatte gewiß den besten Willen, es mit Pilsudski nicht zu verderben. Alles, was in seiner Macht stand, hat er getan, um das Wohlgefallen des ungekrönten Königs von Polen nicht zu verlieren. Schließlich hat er sich aber doch Pilsudskis Ungnade zugezogen und mußte daher gehen.

Nun ist ein neues Ministerium gebildet worden. Es besteht in der Hauptsache aus hohen Offizieren der polnischen Armee, die auf Befehl Pilsudskis die Ministerämter zu übernehmen hatten. Die polnische Presse spricht daher von der neuen Regierung nur als von dem „Oberstenkabinett". Dieses Kabinett bedeutet selbstverständlich die schärfste Kampfansage gegenüber dem Parlament. Das Parlament hatte sich den Unwillen Pilsudskis vor allem dadurch zugezogen, daß es gelegentlich einmal gegen die diktatorische Herrschaft Pilsudskis aufzumucken wagte und daß es in Konsequenz dieser Haltung beschloß, den Finanzminister vor den Staatsgerichtshof zu stellen, weil dieser — ein willenloses Werkzeug in den Händen Pilsudskis — Staatsgelder ohne Genehmigung des Parlaments ausgegeben hatte.

Das neue Kabinett, die „Regierung der Obersten", wird nun natürlich dem Parlament gegenüber noch schärfere Seiten aufziehen als das alte. Und deshalb steht Polen vor einer sehr unruhigen Periode seiner staatlichen Entwicklung. Wohin sie schließlich führen wird, ist heute noch nicht abzusehen. Die Gegensätze im Innern sind jedenfalls so scharf, daß man mit lebhaften und schwierigen Auseinandersetzungen zu rechnen haben wird. In Polen selbst wird mancherorts angenommen, daß das neue Kabinett sofort eine Verfassungsänderung, im Sinne einer Verminderung der Parlamentsrechte, verlangen werde. Ob es dahin kommen wird, bleibt abzuwarten. Vielleicht begnügt man sich auch damit, die Parlamentsrechte einfach beiseitezuschieben, ohne sie formal aufzuheben. Auf alle Fälle wird es in Polen eine recht unruhige Zeit geben. Für uns in Deutschland sind diese Dinge natürlich von großem Interesse, weil Polen ein Nachbarstaat von uns ist, und weil wir nun schon seit vielen Monaten dabei sind, geregelte Wirtschaftsbeziehungen mit diesem Land zu schaffen. Diese Bemühungen werden durch unruhige innerpolitische Zustände jenseits der Grenzen natürlich nicht gerade erleichtert. Auch die starke deutsche Minderheit innerhalb des heutigen polnischen Reiches hat von den scharfen innerpolitischen Gegensätzen und Auseinandersetzungen nichts Gutes zu erwarten. Und schließlich bedeutet ein scharfes Säbelregiment in Polen auch für die deutsche Ostgrenze eine nicht geringe Gefahr!

Die amerikanische Sphinx.

Die Pariser Reparationsverhandlungen. — Frankreich hofft auf Amerika. — Aber Amerika schweigt. — Das deutsche Unannehmbar.

Die Lage in Paris.

Die Lage, in der sich die Pariser Verhandlungen über die Reparationsfrage befinden, ist immer noch kritisch. Man hat die Konferenz zwar nicht abgebrochen, sondern die Denkschrift der Ententestaaten mit den unerhörten Forderungen an Deutschland zur Grundlage der Diskussion gemacht — wie aber eine Einigung erzielt werden soll, weiß noch kein Mensch. Die Franzosen hoffen immer noch auf eine amerikanische Vermittlung. Die Pariser Zeitung „Intransigeant" will aus Sachverständigenkreisen erfahren haben, der frühere amerikanische Staatssekretär Kellogg habe bei seinem Pariser Besuch eine längere Besprechung mit Owen Young gehabt.

Dieser habe Kellogg erklärt, nach seiner Meinung und derjenigen Pierpont Morgens sei es notwendig, daß Amerika „eine Anstrengung mache". Kellogg soll angeblich hierüber einen Bericht an die Vereinigten Staaten verfassen, um zu erreichen, daß man sich in Washington einer Ermäßigung der amerikanischen Ansprüche an Deutschland überlege. Das Blatt versichert, diese Nachricht aus durchaus guter Quelle erhalten zu haben.

Ferner berichten Pariser Blätter, in diplomatischen Kreisen versichere man, daß der Standpunkt der Vereinigten Staaten in der Frage der deutschen Kriegsentschädigungen möglicherweise geändert werde. Owen Young, der für einen Vergleich in letzter Stunde seinen Plan in der Tasche habe, soll der Auffassung sein, daß eine gewisse Nachgiebigkeit Amerikas in der Schuldenfrage es den früheren europäischen Alliierten leichter machen würde, dem Reiche größere Zugeständnisse zu machen.

Frankreich hofft — Amerika schweigt.

Interessant ist die Feststellung des „Matin", Owen Young und Pierpont Morgan hätten bei der amerikanischen Regierung angeregt, auf die Amerika zustehenden 1400 Millionen Mark deutscher Zahlungen, 700 Millionen Mark nachzulassen. Das „Echo de Paris" wirft den Gläubigern Wankelmütigkeit vor, weil sie entgegen ihrem Beschluß, nun doch Dr. Schacht über die Verteilung der Summen auf die einzelnen Länder unterrichteten.

Ueber die Haltung Amerikas wird aus New-York berichtet: Der franzosenfreundliche „New York Herald" spricht in seinem Leitartikel von den Ansprüchen Frankreichs als von mäßigen Forderungen, die im Bereiche der deutschen Zahlungsfähigkeiten lägen. Die übrige amerikanische Presse zieht die Pariser und Berliner Meldungen über die Sachverständigenverhandlungen weiter groß auf, ohne aber zu ihnen Stellung zu nehmen.

Meldungen aus Washington unterstreichen erneut den amerikanischen Standpunkt, wonach Washington nicht gewillt sei, irgendwelche Streichungen des amerikanischen Entschädigungsanteils vornehmen zu lassen. Amerika werde zugemutet auf über 200 Millionen Dollar zu verzichten, während die Alliierten nur 28 Millionen Dollar aufgeben wollten. Im übrigen herrscht in amerikanischen Regierungskreisen weiter Schweigen über die Kernfrage, nämlich den Meinungsaustausch zwischen den amerikanischen Sachverständigen und der amerikanischen Regierung.

Ein amerikanischer Wirtschaftsführer über Deutschlands ungünstige Lage.

Der Direktor des amerikanischen Handelsamtes, Julius Klein, ist aus Europa nach New York zurückgekehrt. Klein findet Deutschlands Wirtschaftslage ausgesprochen ungünstig.

Sollte es durch Unzufriedenheit der deutschen Arbeitnehmer zu Streiks kommen, würden drei Millionen Menschen ihre Arbeit verlieren, was für Deutschland ein neues Problem ergäbe, das bereits zwei Millionen Arbeitslose besäße. Gegenüber Deutschland seien England und Frankreich bei ihrem Wiederaufbau der Wirtschaft durch den Besitz von Kolonien im Vorteil.

„Unannehmbar."

Nach einer Meldung aus Paris wird seitens der deutschen Delegation offiziös erklärt: „Wie wenig ein Teil der französischen Presse den Ernst der Lage innerhalb der Reparationskonferenz erfaßt hat, und wie wenig ernst sie die Forderungen, die in der bekannten Denkschrift der vier Gläubigerstaaten enthalten sind, zu nehmen scheint, dafür liefert der „Intransigeant" einen Beweis. Mit einer niedlichen Ironie überschreibt er seinen Bericht über die Vollsitzung: „Dr. Schacht hat den Alliierten für die Deutschland gemachten Konzessionen gedankt".

Diese Feststellung genügt; jedoch muß ausdrücklich nochmals wiederholt werden, daß natürlich die deutschen Delegierten im Laufe der Sitzung keinen Zweifel darüber gelassen haben, daß die in der Denkschrift aufgestellten Ziffern für Deutschland unannehmbar sind.

*

Ernste Beurteilung in Berlin.

Die Lage in Paris wird in unterrichteten Kreisen Berlins nach wie vor als außerordentlich ernst angesehen. Hieran kann auch die Tatsache nichts ändern, daß durch die Umbenennung der Denkschrift in einen „interessanten Beitrag zur Reparationsfrage" eine gewisse Entspannung eingetreten ist. Die Frage, warum unter diesen Umständen für den interessanten Beitrag zur Reparationsfrage immer noch auf vertraulich bestanden wird, bleibt unbeantwortet. Man hat hier den Eindruck, daß das Verantwortungsbewußtsein der Abordnungen diese veranlaßt habe, noch einmal die Gesamtlage zu überprüfen.

Zu der „Times"-Meldung, wonach Dr. Schacht nach Ueberreichung der alliierten Denkschrift den Dank der deutschen Abordnung für das bewiesene Entgegenkommen ausgesprochen haben soll, wird mitgeteilt, daß von einem derartigen Verhalten Schachts nichts bekannt ist. Sollte Schacht tatsächlich gedankt haben, so dürfte das in der bei Schacht bekannten ironischen Art geschehen sein.

Graf Bernstorff klagt an.

Ein deutscher Vorstoß auf der Genfer Abrüstungskonferenz.

Wie aus Genf gemeldet wird, wurde in der Abrüstungskonferenz die große Aussprache über den weiteren Arbeitsplan am Dienstag unter allgemeiner Spannung eröffnet.

Als erster Redner ergriff Graf Bernstorff das Wort. Er betonte, er stehe im schroffen Gegensatz zu den Auffassungen des Präsidenten. Das Arbeitsprogramm, das der Präsident der Kommission vorgelegt habe, stehe im krassen Gegensatz zu der letzten Entschließung der Abrüstungskommission im März des vorigen Jahres, in der festgelegt worden war, daß nunmehr die zweite Lesung des Konventionsentwurfes stattfinden müsse. Graf Bernstorff betonte, er habe volles Verständnis für die Notwendigkeit direkter Verhandlungen zwischen den Regierungen zur Klärung der einzelnen großen Fragen. Aber nach deutscher Auffassung sei die Abrüstungskommission lediglich geschaffen worden, um die allgemeine Abrüstungskonferenz vorzubereiten und deren Einberufung zu ermöglichen. Die Konferenz könne und dürfe jedoch nicht von den Verhandlungen der einzelnen Regierungen abhängig gemacht werden. Die Abrüstungskommission müsse nach deutscher Auffassung in den eingeleiteten Arbeiten weiter fortschreiten. Er bitte daher die Kommission, sich unverzüglich darüber zu entscheiden, ob sie an ihrem bisherigen Beschluß festhalte oder diesen umwerfen wolle.

Nach einigen kurzen, entschuldigenden Worten des Präsidenten gab der amerikanische Vertreter Gibson eine kurze Erklärung ab. Er betonte, er habe die feste Ueberzeugung, daß alle Regierungen die schwere Besorgnis des Grafen Bernstorff teilten.

Eine große Rede Litwinoffs.

Nach dem amerikanischen Vertreter Gibson ergriff der stellvertretende russische Außenkommissar Litwinoff das Wort zu einer großen politischen Rede, in der er außerordentlich scharf die bisherigen Abrüstungsarbeiten des Völkerbundes kritisierte.

Die sowjetrussische Abordnung werde ihren Vorschlag auf Beseitigung sämtlicher Rüstungen auf der allgemeinen internationalen Abrüstungskonferenz von neuem vorbringen. Litwinoff schloß mit der Bitte, den sowjetrussischen Teilabrüstungsvorschlag sogleich zur Aussprache zu stellen und ihn anzunehmen.

Schluß der großen Aussprache.

Die Dienstagvormittags-Sitzung des vorbereitenden Abrüstungsausschusses verlief zum Schluß in einer langen, verworrenen Geschäftsordnungsaussprache über das Arbeitsprogramm des Präsidenten, das folgende Punkte der Reihe nach vorsieht: 1. **Der sowjetrussische Teilabrüstungsvorschlag.** 2. **Die deutschen Anträge über die Veröffentlichung der Rüstungsziffern.** 3. **Einige Rechtspunkte des Konventionsentwurfes und 4. Bericht über die Tagung des Sicherheitsausschusses.**

Im Hinblick auf die Erklärungen des Grafen Bernstorff, der sich im Verlaufe der Aussprache mehrfach mit großem Nachdruck für die Behandlung der Hauptfragen der Abrüstung auf dieser Tagung einsetzte, sah sich Präsident Loudon gezwungen, seine Erklärungen in der Eröffnungsrede, die zweite Lesung des Konventionsentwurfes werde diesmal nicht stattfinden können, zurückzuziehen und seinem Arbeitsprogramm eine neue Auslegung zu geben, indem er beschwichtigend betonte, die einzelnen Punkte seines Programmes bedeuteten praktisch die vom Grafen Bernstorff geforderte Lesung des Konventionsentwurfes. Graf Bernstorff erklärte mit großer Entschiedenheit, die Kommission dürfe Genf nicht verlassen, ohne daß für die Beschränkung der effektiven Truppenbestände zur See und zu Lande, sowie für die Beschränkung des gesamten Kriegsmaterials eine endgültige Lösung gefunden sei. Der Präsident stellte dann sein Arbeitsprogramm und den Antrag des Grafen Bernstorff auf zweite Lesung des Konventionsentwurfs zur Abstimmung. Die Aussprache drohte so in völlige Verwirrung zu geraten.

Schließlich kam eine Einigung darüber zustande, daß die einzelnen Punkte in der vom Präsidenten vorgeschlagenen Reihenfolge nunmehr zur Erörterung gestellt werden, jedoch unter dem Vorbehalt, daß Graf Bernstorff und Lord Cushendun für jeden einzelnen Punkt der Tagesordnung neue Punkte hinzufügen oder Abänderungen vornehmen können.

Der Konferenzvorsitzende glaubt selbst nicht an einen Erfolg.

Der Vorsitzende der Vorbereitenden Abrüstungskommission, Loudon, gab vor den Vertretern der internationalen Presse die Erklärung ab, daß er nicht an einen Erfolg der Arbeiten der gegenwärtigen Abrüstungskonferenz glaube.

Er sei jedoch überzeugt, daß nach diesem neuen Fehlschlag die einzelnen Regierungen sich der Gefahr bewußt würden, die ein Scheitern der Abrüstungsverhandlungen mit sich bringe, und daß außerdem der Druck der öffentlichen Meinung die einzelnen Länder zu festeren Schritten veranlassen würde.

Dienstagssitzung der Sachverständigen.

Die Lage immer noch sehr kritisch.

In der Vollsitzung der Sachverständigen-Kommission in Paris am Dienstag vormittag beantworteten die alliierten Sachverständigen den Deutschen die Frage, wie die in der Denkschrift der alliierten Sachverständigen genannten einzelnen Zahlen sich zusammensetzen. Daran knüpfte sich eine lebhafte Aussprache, ob diese Zahlen der deutschen Leistungsfähigkeit entsprechen. Die Vertreter der vier Gläubigermächte suchten den Beweis zu erbringen, daß ihre Forderungen für Deutschland durchaus tragbar und die Zahlen so gestaffelt seien, daß es durch anfängliche Erleichterungen der deutschen Wirtschaft ermöglicht würde, zu einem späteren Zeitpunkt höheren Anforderungen gerecht zu werden.

Die deutschen Sachverständigen widerlegten diese Auffassung in sachlicher und begründeter Form.

Gewerbesteuer für die freien Berufe abgelehnt.

Aus dem Preußischen Landtag.

Berlin, 16. April.

Der Preußische Landtag setzte am Dienstag die

Aussprache zum Kultusetat

beim ersten Abschnitt „Ministerium und allgemeine Zwecke, Volksschulwesen, evangelische und katholische Kirche" fort.

Abg. Dr. **Rhode** (Wirtschaftspartei) betonte, seine Fraktion müsse auch bei diesem Etat auf ihrem Grundsatz bestehen, daß keine neuen Ausgaben beschlossen werden, ohne daß zugleich Deckung vorhanden sei. In kultureller Beziehung betone seine Partei, daß die christliche Kirche eine der wertvollsten Stützen des Staates und der Schule sei. Die Schule müsse unpolitisch gehalten werden.

Abg. **Prelle** (Deutsche Fraktion) erklärte, die Jugend strebe nach besserer Betätigung, nach höherem Wissen, um sich leichter durchsetzen zu können. Es gelte die aufstrebenden Kräfte in die rechte Bahn zu lenken. Dazu müsse vor allem dem Marxismus mit seinen Sozialisierungsbestrebungen gesteuert werden.

Abg. **Dr. Ley** (Natsoz.) führte aus, es sei bezeichnend, daß selbst der Minister zugab, daß eine allgemeine Kulturkrise gegenwärtig in Deutschland herrsche. Das zeige, daß die gegenwärtigen staatlichen Verhältnisse absolut ungesund seien.

Abg. Frau **Jourdan** (Soz.) erklärte, man wolle die Gewissenfreiheit nicht jenen Bevölkerungskreisen geben, die in der weltlichen Schule das Ideal erblicken.

Abg. **Lukassowitz** (Dntl.) führte aus, er stimme mit dem Zentrum darin überein, daß die Religion das beste Erziehungsmittel sei. Es werde aber nicht eher auf diesem Gebiet besser werden, bevor das Zentrum nicht endlich auch politisch die Folgerung daraus zieht und das unnatürliche Bündnis mit der alles Religiöse in den Staub ziehenden Sozialdemokratie auflöst. Der Redner lehnte den Ausbau des Berechtigungswesens ab und wandte sich dann energisch gegen die Politisierung des Schulwesens.

Abg. **Linneborn** (Ztr.) erklärte, wenn die Sozialdemokratie Mittel für die jüdischen Synagogen bewilligt habe, so sei das Zentrum durchaus berechtigt, Unterstützung für katholische Schulen zu fordern. Der Redner lehnte es ab, daß das Zentrum für die Judenhetzen in Anspruch genommen werde.

Ablehnung der Gewerbesteuervorlage.

Die Aussprache wurde unterbrochen zur Wiederholung der Abstimmung über die Vorlage der Gewerbesteuer, die die Einbeziehung der freien Berufe in die Gewerbesteuer enthält.

Abg. **Conradt** (Dntl.) erklärte, wir werden auch diesen Gesetzentwurf, dessen Kernpunkt wiederum die Gewerbesteuer mit allen ihren Härten und Unerträglichkeiten bildet, als eine von Grund auf mittelstandsfeindliche Besteuerung ablehnen.

Abg. **Ladendorf** (Wirtschpt.) stellte fest, daß seine Fraktion geschlossen für die Einbeziehung der freien Berufe zur Gewerbesteuer stimmen werde.

Abg. **Kaufmann** (Natsoz.) lehnte die Ausdehnung der Gewerbesteuer auf die freien Berufe ab.

Abg. **Becker** (Komm.) lehnte das Gesetz ab.

Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung war folgendes: Mit Ja stimmten 232, mit Nein 167 Abgeordnete. Die Zweidrittelmehrheit war also nicht erreicht und damit die gesamte Gewerbesteuervorlage abgelehnt.

Das Haus nahm darauf die Abstimmungen im Berghaushalt vor. Angenommen wurde der Antrag auf Bewilligung eines Betrages von 700 000 Mark als Beitrag des Reiches für die Gewährung einer Staatsbeihilfe für den notleidenden Eisenerzbergbau des Sieg-, Lahn- und Dillgebietes. Bei den einmaligen Ausgaben wurde ein Betrag von 1,4 Millionen eingesetzt als Staatsbeihilfe für dieses Gebiet bis zur Höhe von 0,50 Mark für die Tonne des ab 1. April 1929 abgesetzten Eisenerzes. Angenommen wurde eine große Anzahl von Anträgen, wonach geprüft werden soll, ob durch die Bergrevierbeamten oder sonst geeignete Personen der Bergrevierämter periodische Belehrungskurse zur Ausbildung und Fortbildung der Betriebsräte und Grubenkontrolleure in Fragen der Unfallverhütung durchgeführt werden können.

Auch Anträge auf anderweitige Regelung der Grubenkontrolle und der Entlohnung der Aufsichtsbeamten sowie der Kündigungs- und Entlassungsbestimmungen für die jungen Beamten fanden Annahme. Durch Zusammenarbeit mit dem Internationalen Arbeitsamt in Genf soll die Herausgabe einer einheitlichen internationalen Unfallstatistik erreicht werden. Das Staatsministerium soll ferner das gesetzliche Verbot der Zahlung von Revierprämien durchführen.

In namentlicher Abstimmung wurde ein Antrag mit 214 gegen 148 Stimmen angenommen, bei der Reichsregierung sofort durchzusetzen, daß im Bergbau unter Tage die Siebenstundenschicht eingeführt werde.

Nachdem noch ein kommunistischer Antrag angenommen worden war, war die Abstimmung und damit die zweite Lesung des Bergetats erledigt.

In der fortgesetzten Aussprache zum Kultusetat setzte Abg. **Linneborn** (Ztr.) seine Rede fort, wobei er sich für die vermögensrechtlichen Interessen der Kirche einsetzte.

Nach weiteren kurzen Ausführungen der Abg. **Kerff** (Komm.), **Pischke** (D. Vp.), **Otto** (Dem.) und **Grüter** (Wirtschaftspartei) vertagte sich das Haus auf Mittwoch 11 Uhr.

Englands Wirtschaft und Finanzen.

Churchills Budgetrede.

Im englischen Unterhaus hielt Schatzkanzler Churchill seine mit Spannung erwartete Etatsrede — die letzte seiner Amtszeit, denn das Parlament wird in wenigen Tagen aufgelöst werden, und nach den Neuwahlen wird man eine neue Regierung bilden. Churchill stellte zunächst fest, daß eine merkliche Besserung der allgemeinen Wirtschaftslage eingetreten sei. Die Ersparnisse der unteren Bevölkerungskreise seien während der Amtszeit der Regierung um 170 Millionen Pfund Sterling gestiegen. Der Alkoholverbrauch sei bedeutend zurückgegangen, Mehl und Zucker hätten auf der anderen Seite beträchtliche Absatzsteigerungen zu verzeichnen. Großbritannien nähere sich wieder dem Vorkriegsstand seiner Wirtschaft. Churchill ging dann näher auf die Leistungen der Regierung ein. Die größten Einsparungen seien auf dem Rüstungsgebiet zu verzeichnen. Die drei Verteidigungsministerien hätten ihre Haushalte unter der Amtszeit der gegenwärtigen Regierung um 7,5 Millionen Pfund für das Jahr vermindert.

Die Politik der Regierung, die auf die Erhaltung einer gesunden Währung gerichtet sei, und die Zahlung der Schulden, was ein wesentliches Moment einschließe, bedinge unvermeidlich eine hohe Besteuerung. Der Goldstandard sei aber den erzeugenden Industrien wie auch dem Zwischenhandel in hohem Maße zugute gekommen. Die Gesamtsumme der Schuld Großbritanniens sei in den vier Jahren der Amtszeit der Regierung um 321 Millionen Pfund gefallen.

Churchill zählte dann auch die Erleichterungen auf, die die Regierung auf Grund des Haushaltsüberschusses den einzelnen Teilen der Wirtschaft geben will. U. a. soll der Kleinverkaufspreis für Bier und Spirituosen am 1. 10. um 25. v. H. herabgesetzt werden. Für die Beschäftigung von Arbeitern auf den am meisten notleidenden Bezirken des Kohlenbergbaues werden besondere Mittel zur Verfügung gestellt werden. Die Erleichterungen für die Landwirtschaft sollen bereits von Anfang April an statt erst am 1. Oktober in Kraft gesetzt werden. Den reinen Haushaltsüberschuß setzte Churchill mit 4 096 000 Pfund ein.

*

Englandfeindliche Propaganda in Indien.

Von Poona aus wird nach Meldungen aus Bombay eine sehr umfangreiche Propaganda getrieben, in der die Inder aufgefordert werden, den Vizekönig aus seinem Amt zu vertreiben. Flugblätter, die in der schärfsten Sprache gehalten sind, werden in Massen verbreitet. In Lahore wurde eine Werkstatt für die Herstellung von Bomben entdeckt; es wurden Verhaftungen vorgenommen.

Italien und Südslawien.

Auch eine Dokumentenfälschung?

Die römische Zeitung „Giornale d'Italia" hatte vor einigen Tagen ein Dokument veröffentlicht, das südslawische Kriegsvorbereitungen gegen Italien enthüllen sollte. Das Dokument, das nach den Angaben des genannten Blattes amtlichen Charakter haben sollte, wurde in Belgrad sofort als gefälscht bezeichnet. Jetzt befaßt sich die Belgrader „Politika" mit der italienischen Veröffentlichung und behauptet, daß diese falschen Dokumente jedenfalls dazu dienen sollten, den Geist der Koalition der Staaten gegen Südslawien zu festigen. Die Veröffentlichung stehe im Zusammenhang mit der Reise des italienischen Unterstaatssekretärs Grandi nach Albanien und mit dem Aufenthalt der bulgarischen Abordnung unter Führung des Generals Weykoff in Rom, der den Dokumenten nicht fernstehe.

Das falsche Dokument könne leicht eine entgegengesetzte Wirkung hervorrufen, als gewünscht worden sei und man werde vielmehr an den Angriffsgeist derjenigen glauben, die den Italienern nahe stehen. Dieses Dokument sei entweder das Ergebnis der Furcht oder eines schlechten Gewissens, welches die Verantwortung für die eigenen bösen Taten auf andere lenken solle. Jeder vernünftige Mensch werde an das letztere glauben.

Die deutsche Luftfahrt.

Eine Resolution gegen die Abstriche am Luftfahrtetat.

Nach einer Meldung aus Berlin hatte der Beirat für das Luftfahrtwesen in seiner Februartagung dem Wunsche Ausdruck gegeben, in einer besonderen Sitzung den vom Deutschen Verkehrsbunde angeregten Ausbau des Luftbeirates zu erörtern. Der Reichsverkehrsminister hatte hierzu auf den 12. April 1929 eingeladen. Der Beirat beschäftigte sich zunächst außerhalb der Tagesordnung mit den durch die Presse bekanntgewordenen Kürzungen am Luftfahrthaushalt und er faßte einstimmig folgende Entschließung:

„Der Beirat für das Luftfahrtwesen nimmt von den Mitteilungen über die am Luftfahrtetat vorgesehenen Kürzungen und den sich daraus ergebenden schwerwiegenden Folgen mit großer Besorgnis Kenntnis und bittet den Herrn Reichsverkehrsminister, seinen ganzen Einfluß bei der Reichsregierung und bei den gesetzgebenden Körperschaften für die Berechtigten Belange der deutschen Luftfahrt einzusetzen, an deren Aufrechterhaltung und planmäßiger Förderung alle Kreise des deutschen Volkes das stärkste Interesse haben."

Politische Tagesschau.

↔ Die erste Sitzung des neuen Reichskabinetts. Das Reichskabinett trat am Dienstagnachmittag zu seiner ersten Sitzung nach der Umbildung zusammen, an der auch die neuernannten Minister Stegerwald, Wirth und von Guérard teilnahmen. Das Kabinett hat sich mit laufenden Angelegenheiten beschäftigt. Eine Vereidigung der neuen Minister auf die Reichsverfassung war nicht notwendig, da sämtliche neuen Kabinettsmitglieder bereits früher Regierungen im Reich oder in Preußen angehört haben.

Trotzki will nach Frankreich.

Konstantinopel, 17. April. Trotzki hat telegraphisch den Führer der französischen Trotzkisten, Suwarin, Schritte zur Genehmigung seiner Einreise nach Frankreich zu unternehmen. Bisher hat sich bekanntlich die französische Regierung zu dieser Frage noch nicht geäußert.

— In Bologna wurden wieder leichte Erdstöße verspürt. Von Panik ergriffen flüchtete die Bevölkerung ins Freie.

— Nach einer Meldung aus Indien wurde auf den Sonderzug, in dem der Vizekönig und seine Gemahlin von Delhi nach Dehra Run reisten, ein Anschlag verübt. Ein Bahnangestellter entdeckte, daß eine Eisenbahnbrücke in einer abgelegenen Gegend, die der Zug passieren mußte, in Flammen stand. Der Zug des Vizekönigs konnte rechtzeitig angehalten werden.

— Der japanische Kriegsminister Schirakawa hat sein Rücktrittsgesuch eingereicht. Der Rücktritt ist auf die Unzufriedenheit Schirakawas mit dem Abschluß des letzten Abkommens zwischen Japan und China zurückzuführen.

Aus Laasphe und Umgegend.

* **Laasphe,** 17. April. (Der Schulneubau beschlossen.) In der gestrigen mit Spannung erwarteten Stadtverordnetensitzung stand nochmals der Schulhausneubau auf der Tagesordnung. Das Stadtverordnetenkollegium war hierzu vollzählig erschienen, der Magistrat hatte vier Vertreter entsandt, auch hatte sich eine verhältnismäßig zahlreiche Zuhörerschaft eingefunden. Die Aussprache, die oft leidenschaftliche Formen annahm und teilweise die Grenzen des Erlaubten überschritt, hätte sich erübrigt, da neue Argumente von keiner Seite vorgebracht wurden. Schließlich wurde von Stadtv. Melsheimer Schluß der Debatte beantragt und zur Abstimmung über die beiden vorliegenden Anträge geschritten. Zunächst über den Antrag Baumann: „Der Schulhausneubau wird vorläufig abgelehnt. Der Magistrat wird jedoch gebeten, einen spezialisierten Kostenanschlag mit Maßenberechnungen und Zeichnungen der Stadtverordnetenversammlung bezw. der Finanzkommission vorzulegen." Dafür stimmten die Stadtv. Steinmetz, Mengel, Weide, Kombächer, Baumann, Melsheimer und Rühl; dagegen: Duchardt, Steen, Dreisbach, Fischer, Benner, Heinrich und Saßmannshausen. Stadtverordnetenvorsteher Saßmannshausen gab den Ausschlag; mithin war der Antrag abgelehnt. Der Antrag Steen, der nun zur Abstimmung gelangte, lautete: „Die Stadtverordnetenversammlung erklärt sich in Uebereinstimmung mit dem einstimmigen Beschluß des Magistrats für den Schulhausneubau. Die jährliche Mehrbelastung der Stadt durch den Bau darf höchstens 12 000 M. betragen." Das Abstimmungsergebnis war dasselbe, 7 gegen 7, nur daß die Neinsager mit Ja stimmten und umgekehrt. Da der Stadtverordnetenvorsteher mit seinem Jawort die Entscheidung gab, ist nunmehr der Bau der neuen Volksschule im Brühl (neben der Aufbauschule), wenn auch nicht mit Mehrheit, so doch rechtskräftig beschlossen. Die Zukunft wird den Stadtvätern Recht oder Unrecht geben. — Das Hochbauamt in Siegen hat, wie Bürgermeister Pränger mitteilte, das in Aussicht genommene Projekt geprüft und einige Abänderungen vorgenommen, sodaß es jetzt rund 7500 Kubikmeter umbauten Raumes umfassen wird. Der Kubikmeter zu 30 Mark gerechnet, ergibt die Summe von 225 000 Mk., zu der noch 15—20 000 Mk. für Herrichtung des Platzes, Kanalisierung, Einfriedigung usw. kommen, sodaß man mit einer Bausumme von rund 240 000 Mk. rechnen kann. — Das Wasserleitungsprojekt, das sehr dringend ist, soll in aller Kürze der Stadtverordnetenversammlung vorgelegt werden, voraussichtlich am Montag den 29. April.

* **Laasphe,** 17. April. An dem am Sonntag hier stattgefundenen Tambourkorps-Wettstreit nahm auch das Trommlerkorps des hiesigen Turnvereins unter Leitung seines unermüdlichen Führers Willi Walle teil und errang in der 1. Paukenklasse die folgenden Preise: 1. Straßenpreis, 2. Klassenpreis, 2. Ehrenpreis, 2. Hauptehrenpreis sowie den Höchstpreis der 1. Paukenklasse und den 2. Gesamthöchstpreis. Wenn man bedenkt, daß unser Korps einige seiner besten Spielleute verloren hat und mit zwei Anfängern auftrat, so ist dies gewiß als ein guter Erfolg zu bezeichnen, zumal es von allen 14 wettstreitenden Korps mit 394 Punkten das zweitbeste war. (Das beste war der T.-V. Hilchenbach mit 398½ Punkten.) Dem allgemeinen Lob über die Herren Preisrichter müssen auch wir uns anschließen und waren diese trotz ihres schweren Amtes der Sache voll und ganz gewachsen, weit eher, als manche Musikdirektoren. F.

* **Laasphe,** 17. April. (S. G. V.) Der Sauerländische Gebirgsbote, Zeitschrift des S. G. V., erscheint in einer Auflage von 30 000. Diese Hefte finden nicht nur im Sauerland und seinen angrenzenden Gebieten Verbreitung, sondern in ganz Westfalen und anderen Teilen Deutschlands. Wo Sauerländer, wo Westfalen wohnen, da haben sie sich zu einem S. G. V. zusammengeschlossen. In Barmen, Elberfeld, Düsseldorf, Köln, Essen, Berlin und vielen andern Orten bestehen Abteilungen des S. G. V. — Das April-Heft ist ein Laasspher Heft. Und nun geht dieses hinaus in deutsche Lande und macht für unsern Ort eine Reklame, wie sie nicht besser und billiger sein kann. — So arbeitet der S. G. V., Abteilung Laasphe, unermüdlich, um die Interessen unseres Ortes und unseres Kreises zu fördern. Und doch stehen noch so viele unserer Abteilung fern, und an diese ergeht die herzliche Bitte: Tretet ein in den S. G. V., und wirkt mit an den Bestrebungen dieses Vereins! Was leistet der S. G. V.? Freie Lieferung der reichbebilderten monatlichen Heimatzeitschrift „Sauerländischer Gebirgsbote" an alle Mitglieder, Erleichterung des Wanderns durch Aufstellen von Wegetafeln, Bezeichnung der Wege, Erbauung und Unterhaltung von Aussichtstürmen, Schutzhütten, Aufstellung von Bänken, Veranstaltung von Wanderungen zum Jungbrunnen Natur, Förderung der Jugendherbergen, Erziehung zur Heimatliebe und rechter Volksgemeinschaft durch Gebirgsfeste wie auch durch Wandern, Pflege der Heimatkunde durch Heimatfeste, Heimatabende, Lichtbildervorträge, Pflege fröhlicher Geselligkeit usw. Was erbittet der S. G. V. für das alles? Nichts anderes als die Mitgliedschaft eines jeden Freundes vom Wandern, der Natur und unserer Berge und Wälder zu dem geringen jährlichen Beitrage von 4 Mark. Je größer der Kreis der Mitglieder, desto reicher der Erfolg! „Viele wenig machen ein Viel, vereinte Kräfte führen zum Ziel."

Berleburg, 17. April. Kreisarzt Med.-Rat Dr. Hammer ist zu einem vom 15. bis 27. April dauernden, in Bonn stattfindenden gerichtsärztlichen Kursus einberufen worden. Mit seiner Vertretung ist der Kreisarzt von Siegen beauftragt worden.

* **Berleburg,** 17. April. Infolge dienstlicher Abwesenheit des Fürsorgearztes Dr. Hammer, fallen die regelmäßig jeden Donnerstag vormittag von 9—11 Uhr stattfindenden ärztlichen Fürsorgesprechstunden in Berleburg (Kreiswohlfahrtsamt) am 18. und 25. April 1929 aus.

Witterungsaussichten für Donnerstag: Wärmeres, vorwiegend trockenes Wetter.

—* **Die Züge dürfen mit Bahnsteigkarten betreten** werden. Eine bemerkenswerte Aenderung der Bestimmungen hat die ständige Tarifkommission der Reichsbahn beschlossen. Bisher war dem Inhaber einer Bahnsteigkarte der Aufenthalt und das Betreten des Eisenbahnwagens nicht erlaubt, auch wenn er ältere Personen behilflich war. Der neue Beschluß erlaubt das Betreten der Züge mit Bahnsteigkarten unter der Voraussetzung, daß für einen Reisenden Handgepäck in den Wagen geschafft wird oder hilfsbedürftige Reisende oder Frauen untergebracht werden.

* **Steinbrücken**, 17. April. (Auf dem Motorrad in den Tod.) Ein junger, etwa 22jähriger Mann aus Roth rannte heute morgen gegen ½8 Uhr mit seinem Motorrad gegen den von Straßebersbach kommenden, die Straße kreuzenden Zug. Während das Motorrad unversehrt blieb, rannte sich der Fahrer am Packwagen den Schädel ein und blieb tot liegen.

—* **Die Gefahr des „Flämmens".** Die Westfälische Provinzial-Feuersozietät schreibt uns: Kaum sind Schnee und Eis verschwunden und Wiesen und Raine etwas angetrocknet, da bringen auch schon die Tageszeitungen Meldungen über mehr oder weniger große Brandschäden, die durch das sog. Flämmen entstanden sind. Die Landleute selbst, weit mehr aber noch Kinder und junge Burschen machen sich ein Vergnügen daraus, das trockene Gras durch Anzünden abzubrennen. Und wenn es auch den Landleuten in den meisten Fällen möglich ist, Herr des Feuers zu bleiben, geben sich die jungen Burschen vielfach nicht einmal die Mühe, es wieder zu löschen, vorausgesetzt, daß ihnen die Möglichkeit überhaupt dazu bleibt. Liegt dann das angezündete Gelände nahe bei einem Holzbestande, greift das Feuer leicht darauf über, und welcher Schaden dann entstehen kann, davon haben wir im vergangenen Jahre leider überreichlich Beweise gehabt. Es sei da nur erinnert an die großen Waldbrände in den Kreisen Brilon, Meschede und Arnsberg, wo kurz nacheinander sechs Waldbrände ausbrachen. So wurden auf dem Eisenberge bei Brilon 120 Morgen zwanzigjährige Fichten vernichtet, bei Alme 80 Morgen einjähriger Fichten usw. Es kann darum allgemein nicht genug gewarnt werden vor der Gefahr, die dem Einzelbesitzer und unserm Nationalvermögen durch das „Flämmen" erwachsen. — Im Sommer, wenn die Vegetation in vollem Flore steht, erwachsen dem Walde neue Gefahren vor allem durch die Ausflügler und Wanderer. Es soll ganz gewiß nichts gegen das Wandern an sich gesagt werden, im Gegenteile wissen wir hinreichend die vielfältigen Wohltaten eines geordneten Wanderns und der Erholung in Gottes freier Natur zu schätzen. Aber der nach dem Kriege gerade bei unserer Jugend gestiegene übermäßig starke Genuß von Zigaretten hat die Zahl der Waldbrände unbestritten gewaltig erhöht. Es möge darum schon jetzt davor gewarnt werden, mit brennenden Zigaretten und Zigarren wie auch mit brennenden offenen Pfeifen Waldgrundstücke zu betreten. Auch das bei unserer Wanderjugend so beliebte Abkochen ist in der Nähe von Waldungen und erst recht auf Waldlichtungen sehr gefährlich und daher verwerflich. Besonders die Eltern, Dienst- und Lehrherrschaften sollten ihre Kinder, Untergebenen und Pflegebefohlenen daher immer wieder ermahnen, beim Umgang mit Feuer in Wäldern und in der Nähe von Waldungen vorsichtig zu sein. Dabei wollen wir nicht verfehlen, auch auf die rechtlichen Folgen hinzuweisen. Viel zu wenig wird bedacht, daß das Anzünden von Feuer im Walde nach § 44 des Feld- und Forstpolizeigesetzes und, wenn es sich um gefährliche Waldstellen handelt, nach § 368 Abs. 6 des Strafgesetzbuches recht unangenehme Folgen haben kann. Außerdem kann der, der einen Waldbrand verursacht hat, für den dadurch entstandenen Schaden haftbar gemacht werden. Wir wollen auch nicht verfehlen, darauf hinzuweisen, daß in der Zeit vom 1. März bis zum 1. Oktober auch das Tabakrauchen in Waldungen, auf Heiden und Torfmooren außerhalb der Kunststraßen verboten ist. Daß brennende oder glimmende Gegenstände nicht im Walde fortgeworfen werden dürfen, sollte sich eigentlich von selbst verstehen. Eigentlich sollte man ja von jedem, der die Natur zu eigener Freude und Erholung aufsucht, erwarten, daß er ihre Schönheit und und den ihm zum idealen Mitgenusse überlassenen Besitz anderer so behandelt, als wenn es sich um sein eigenes Besitztum handelt. Wir sind sicher, daß, wenn jeder das in der Praxis bewiese, mehr und schönere Wanderwege freigegeben und den Wanderer von den Waldbesitzern die willkommene Aufnahme und das Entgegenkommen geboten werden würde, das sie gern sehen und wir ihnen von Herzen wünschen möchten.

\# **Reichswehr zur Frühjahrsbestellung.** Da infolge der Witterungsverhältnisse die rechtzeitige Beendigung der Frühjahrsbestellung gefährdet erscheint, sind verschiedentlich von der Landwirtschaft an die Reichswehr Gesuche um Bewilligung von Hilfe durch Reichswehrangehörige gerichtet worden. Der Reichswehrminister hat diesen Gesuchen zugestimmt und sämtliche Truppenteile benachrichtigt, daß der Landwirtschaft zur Frühjahrsbestellung Reichswehrhilfe gewährt werden kann. Landwirte, die noch dringend Arbeitskräfte benötigen, wenden sich zweckmäßigerweise unmittelbar an die nächstgelegenen Truppenteile.

\# **Schweinezwischenzählung am 1. Juni.** Nach einer Mitteilung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft soll auch in diesem Jahre wieder eine Sommerzählung der Schweine am 1. Juni stattfinden. Der Umfang der Zählung ist der gleiche wie am 1. Juni 1928. Die Schweinezwischenzählungen sind bei den betonten Bestrebungen zur Besserung der Absatz- und Marktgestaltung zweifellos notwendig, da an Hand derselben die voraussichtliche Preisentwicklung einigermaßen zu übersehen ist. Sie können jedoch nur dann den beabsichtigten Erfolg auch für die Landwirte haben, wenn die Angaben seitens der Landwirte sorgfältig gemacht werden.

\# **Die spanischen Schatzschwindler.** Die spanischen Schatzschwindler haben zuletzt im Oktober 1928 zahlreiche Schatzschwindlerbriefe an Geschäftsleute in deutschen Städten verschickt. Ende März 1929 sind wieder einige solcher Briefe eingelaufen, die durch die Post an die längst verzogenen Adressen nicht mehr zugestellt werden konnten. Diese Briefe sind am 21. März 1929 in Barcelona aufgegeben worden. Es ist anzunehmen, daß wieder eine größere Anzahl solcher Briefe an verschiedene Adressaten versandt wurde, weshalb vor dem Schwindel neuerdings gewarnt wird. Nach Pressemeldungen sind die spanischen Schatzschwindler in jüngster Zeit besonders erfolgreich in England aufgetreten, wo sie von der Landbevölkerung mehrere tausend Pfund Sterling erbeuteten.

Aus Nah und Fern.

△ **Marburg.** (Wiedersehensfeier der ehem. 80er und ihrer Kriegsformationen.) Der Verband ehemaliger 80er, der in rund 40 Ortsgruppen und seinem Offizierverein, die Angehörigen des ehemaligen Füsilier-Regiments v. Gersdorff (Kurhess. Nr. 80) und seiner Kriegsformationen umfaßt, veranstaltet am Samstag, den 3., und Sonntag, den 4. August, dieses Jahres in Marburg a. d. Lahn eine große Wiedersehensfeier.

□ **Paratyphus in Gießen.** In der letzten Zeit sind einige Paratyphusfälle in der Stadt Gießen vorgekommen. Eine genaue Quelle für die Ansteckungen konnte bis jetzt nicht festgestellt werden. Die Ermittlungen hierüber sind noch im Gange, sie deuten für einen Teil der Fälle auf Zusammenhänge mit der Gegend von Lauterbach hin, wo seit dem vorigen Herbst Paratyphus häufig vorgekommen ist. In ernsteren Formen ist die Krankheit bisher erfreulicherweise nicht aufgetreten. Die erkrankten Personen wurden fast sämtlich den Kliniken zur Behandlung zugeführt.

□ **Großer Schuppenbrand im Stahlwerk Großmann.** Das Eisen- und Stahlwerk C. Großmann in Wald bei Solingen ist von einer schweren Feuersbrunst heimgesucht worden, die in dem Schuppen ausbrach, der zur Aufnahme der Trockenöfen dient. Das Feuer fand so reiche Nahrung, daß es auf den Modell- und Maschinenschuppen übergriff. Erst nach stundenlangen Bemühungen der Feuerwehr konnte das Feuer erfolgreich bekämpft werden. Der angerichtete Schaden wird auf etwa 150 000 Rm. geschätzt, läßt sich aber noch nicht ganz übersehen. Auch läßt sich noch nicht feststellen, wieweit der Betrieb gefährdet wird. Die Firma wird keine Betriebseinschränkungen vornehmen.

** **Oberhausen.** (Die Räuber im Kraftwagen.) In einer Besprechung machte Kriminalrat Marquardt nähere Angaben über den Lohngeldraub auf der Zeche Concordia 3/4. Als das hervorstechendste Merkmal der ganzen Angelegenheit bezeichnete Kriminalrat Marquardt den großen Mangel an Spuren jeglicher Art. Es seien bisher zwar verschiedene Spuren in Hamborn, Oberhausen, Gladbeck und Aachen verfolgt worden, jedoch sei es den Verdächtigen gelungen, den Alibibeweis restlos anzutreten. Kriminalrat Marquardt machte dann darauf aufmerksam, daß es wichtig sei, festzustellen, ob am Freitagabend in der Zeit zwischen 22 und 22,15 Uhr ein wartender Kraftwagen auf der Ludendorffstraße bemerkt worden sei, denn der Umstand, daß die Holzkassette, in der sich der geraubte Geldbetrag von 18 600 Reichsmark befand, trotz sorgfältigstem Suchen bisher nicht gefunden worden sei, lasse darauf schließen, daß der Täter in einen bereitstehenden Kraftwagen gesprungen sei.

** **Ratingen.** (Eine glückliche Stadt.) Die Stadtverwaltung Ratingen, die schon im Vorjahre und im Jahre 1927 ihre Steuern herabgesetzt hatte, konnte auch für das Jahr 1929 eine weitere Senkung eintreten lassen. Die Stadtverwaltung beschloß, für 1929 als Gemeindesteuer zu erheben: 180 Proz. Grundvermögenssteuer (Vorjahre 190 Proz.), Gewerbeertragssteuer 500 Proz. (550 Proz.) und Gewerbekapitalsteuer 1500 Proz. (1800 Proz.).

** **Remscheid.** (Eine verhängnisvolle Verwechslung.) Eine an der Lenneper Straße wohnende 66jährigen Frau, die seit langem krank war und viel Sprudel trank, fiel einer verhängnisvollen Verwechslung zum Opfer. Anstatt einer Selterswasserflasche ergriff sie eine mit Salmiakgeist gefüllte Flasche und trank den Inhalt. Aerztliche Hilfe vermochte sie nicht mehr zu retten, sie starb bald darauf.

△ **Mainz.** (Statt Fische Geld.) Eine Frau machte in einer Fischhandlung Einkäufe. Als sie zu Hause das Paket öffnete, war sie nicht wenig erstaunt, statt der gekauften Ware einen größeren Geldbetrag vorzufinden. Der Geschäftsinhaber hatte das Geld aus der Kasse genommen und verpackt auf den Ladentisch gelegt, wo es die Ehefrau des Geschäftsinhabers mit dem Paket der Kundin verwechselte.

** **Brohl.** (Eigenartiger Tod auf dem Motorrad.) Der Student Jeub aus Niederzissen versuchte auf der Fahrt nach Andernach mit seinem Motorrad ein Lastauto zu überholen. Dabei kam er zu Fall, und die Lenkstange seines Rades drang ihm in den Leib. Er war sofort tot.

△ **Pfungstadt.** (Schirmflicker im Streit.) Vor unserer Gemeinde lagerten Schirmflicker, die abends miteinander in Streit gerieten. Im Verlaufe dieser Schlägerei gab ein junger Mann einen Schuß ab, durch den eine Frau in die Brust getroffen und schwer verletzt wurde. Die Schwerverletzte wurde in das Stadtkrankenhaus nach Darmstadt verbracht; der Täter ergriff mit seinem Wohnwagen die Flucht.

** **Saarbrücken.** (Bei lebendigem Leibe verbrannt.) In Quierschied kam eine vor dem Küchenherd stehende Frau beim Schüren des Feuers diesem zu nahe. Durch aus dem Ofen fallende Kohlen fingen ihre Kleider Feuer. Im Schreck und vor Aufregung stürzte die Frau vor die Türe und rief um Hilfe, wobei sie gleichzeitig völlig in Flammen stand. Herbeigeeilte Personen konnten die Flammen löschen und brachten die Frau ins Krankenhaus. Während der Ueberführung erlag die Unglückliche ihren furchtbaren Verletzungen.

△ **Bensheim a. d. B.** (Wiedersehensfeier.) Die Wiedersehensfeier der Angehörigen des Infanterie-Regiments 118 findet am 4. und 5. Mai statt.

** **Saarbrücken.** (Rasputin im Saargebiet.) Ein ergötzlicher Vorfall spielte sich anläßlich der Aufführung des Filmes „Rasputins Liebesabenteuer" in einem Kino in Mittelbexbach ab. Jedesmal, wenn Rasputin auf der Leinwand erschien, fing ein altes, graues Männchen an, sich furchtbar aufzuregen, indem es in den Saal schrie: „Der Halunke, der Lump, der Hund, schmeißt ihn naus, schmeißt ihn naus!" Trotz aller Beruhigungsversuche, indem man dem alten Mann erklärte, daß das ja nur ein Schauspiel sei, daß Rasputin schon längst tot sei und daß die Bilder auf der Leinwand keine lebendigen Menschen seien, verharrte der Zwischenrufer auf seinem Standpunkt, daß Rasputin selbst im Saale weile. Es stellte sich heraus, daß der Greis selbst in Rußland gewesen und viel von seinen Schandtaten gehört hatte.

** **Trier.** (Neue Schießübungen der Franzosen im Rheinland.) Wie die Besatzungsbehörde durch den Kommandeur der 47. Infanteriebrigade mitteilen läßt, sind auf dem Pellinger Schießplatz an noch sieben Tagen im April und an 12 Tagen im Mai Schießübungen der Besatzungstruppen vorgesehen.

** **Mayen.** (Tragischer Tod eines Dreizehnjährigen.) In einem Basaltwerk wurde ein 13jähriger Knabe, der seinem Vater das Essen gebracht hatte, bei dem Ueberschreiten der Anschlußgleise von einer Lokomotive erfaßt, die ihm beide Beine vom Körper trennte. Im Krankenhaus ist er kurz darauf gestorben.

□ **Ein Mord aufgeklärt.** Durch die Ergreifung des 22jährigen Analphabeten Johann Straußberg, der Anfang April bei Rath und Ratingen zwei Frauen mit einem Lasso überfallen hatte, ist es der Düsseldorfer Kriminalpolizei gelungen, den Anfang Februar im Stadtteil Düsseldorf-Flingern verübten Mord an der achtjährigen Rosa Ohlinger und einen weiteren Ueberfall auf eine sechzigjährige Frau im gleichen Stadtteil aufzuklären. Für diese Schandtaten kommt Straußberg in Betracht; den gleichfalls Anfang Februar verübten Mord an dem 54jährigen Erwerbslosen Rudolf Scheer verübt zu haben, bestreitet er. Straußberg ist erblich belastet und sehr minderwertig.

□ **Schwieriges Löschen eines brennenden Oelbehälters.** In der Röhrenabteilung des Werkes Troisdorf der Rheinisch-Westfälischen Sprengstoff-Aktiengesellschaft geriet, wahrscheinlich infolge Ueberheizung, ein ein Meter hoher und fünfzehn Meter langer Oelbehälter in Brand. Die riesigen Flammen waren mit dem Schaumlöschverfahren nicht zu bekämpfen. Auch ein Ersticken des Feuers durch Sand kam nicht in Frage, da sonst durch die überfließende brennende Oelmasse das Feuer noch größeres Ausmaß angenommen hätte. Es gelang schließlich, den Behälter mit Eisenplatten abzudecken und dadurch ein weiteres Umsichgreifen des Feuers zu verhüten.

□ **Eine mutige Frau.** In Markelsbach bei Siegburg drang gegen Mittag ein Schleichdieb in die Wirtschaft Sommerhäuser ein, begab sich in das auf der ersten Etage liegende Schlafzimmer, wo er 110 Mark Bargeld entwendete. Dieser Vorfall wurde durch ein kleines Kind bemerkt, das sofort die Mutter, die Gastwirtin, verständigte, die sich sofort dem Eindringling entgegenstellte. Sie schloß sogleich alle Türen und Fenster ab und schickte das Kind in den Ort, um polizeiliche Hilfe herbeizuholen. Der Dieb versuchte zu entkommen, jedoch faßte ihn die Frau mutig beim Kragen und verabfolgte ihm zunächst ein paar gehörige Ohrfeigen. Der Dieb war schließlich von der schlagfertigen Frau so eingeschüchtert, daß er ihr 90 Mark anbot, wenn sie ihn wieder laufen lassen würde; doch die Frau ließ sich auf diesen Handel nicht ein und hielt den Dieb so lange fest, bis die Polizei ihn verhaftete. Das geraubte Geld hatte der Dieb unter seinem Hemd verborgen, und es konnte der Frau wieder zurückgegeben werden.

St. Bürokratius triumphiert.

In einem Städtchen am Bodensee hatte vor Eintritt des Frostes ein Gasthofbesitzer Kies aus dem See geschöpft und damit seinen Garten bestreut. Der gute Mann wurde von einem Angestellten an die Behörde verraten. Zur Strafe mußte er nun, als Ersatz für den sich „widerrechtlich angeeigneten See-Kies" einen Wagen voll Kies kaufen, und diesen — wieder in den See versenken. — Wer lacht da?!

Die Goldgräber von Idstein.

Als Nachspiel ein Prozeß mit der Stadt Wiesbaden.

In Idstein im Taunus kaufte ein Unternehmer die Gastwirtschaft „Zum Löwen" und richtete darin ein Kino ein. Bei den Grabarbeiten fanden zwei Arbeiter im Keller einen Topf mit Kostbarkeiten, die während des Dreißigjährigen Krieges dort verborgen worden waren. Statt die Gegenstände abzuliefern, zerschlugen die beiden den Topf und teilten den Schatz. Dieser bestand aus 116 Goldgulden und 132 Silbertalern, sogenannten Tournosen. Der Münzenfund bedeutete eine derartige Sensation, daß später über ihn eine ausführliche Broschüre verfaßt wurde. Die beiden Arbeiter waren plötzlich „reiche" Leute geworden, konnten jedoch mit ihrem Reichtum nichts anfangen. Es wurde zwar der Versuch unternommen, die Münzen in Frankfurt zu „versilbern", aber der Händler wollte nicht genug zahlen und ein Frankfurter Museum verwies die Verkäufer an das Städtische Museum in Wiesbaden. Dieses erwarb den Schatz durch einen Mittelsmann, nachdem dieser erklärt hatte, er habe die Münzen in seinem Keller vergraben gefunden. Als der Löwenwirt den Vorfall erfuhr, machte er Anzeige gegen die Diebe und gegen den Hehler, die dann zu Gefängnis verurteilt wurden. Damit war die Sache aber nicht erledigt, der Wirt strengte eine Klage gegen die Stadt Wiesbaden an, wobei er sich auf eine angenommene Fahrlässigkeit beim Ankauf der Münzen durch das Wiesbadener Museum stützte. Der Wert des Streitobjekts wurde auf 10 000 Mark angesetzt. Da der Wirt den Prozeß in Wiesbaden in erster Instanz verlor, ging er ans Oberlandesgericht in Frankfurt, das jetzt die Streitfrage durch einen Vergleich aus der Welt schaffte. Die Stadt Wiesbaden verpflichtete sich, 1250 Mark und die Gerichtskosten der zweiten Instanz an den Idsteiner Löwenwirt zu zahlen und ihm eine Anzahl Abdrücke der Münzen zu überlassen.

Moderne Wegelagerer.

Wieder ein Drahtseilattentat auf ein Auto.

An einer der letzten Tage wurde abends gegen 10 Uhr auf der Landstraße Saarbrücken—Sulzbach in der Nähe des Ostschachtes ein Drahtseilattentat auf ein Auto verübt. Das Attentat war anscheinend gegen den Personenwagen des Saarbrücker Milchhofes geplant, der in bestimmten Abständen die im Neunkirchener Revier kassierten Milchgelder mit sich führt. Auch jetzt trug der Kassierer einen großen Geldbetrag, etwa 100 000 Franken, bei sich. Der Kassierer hatte jedoch unterwegs den Wagen verlassen, so daß von dem Anschlag nur der Wagenführer betroffen wurde. Die Täter hatten ein zwei Zentimeter starkes Förderdrahtseil quer über die Straße gespannt und die beiden Enden fest um einen Baum und einen Straßenbahnmast geschlungen.

Die Wucht, mit welcher das Seil den herannahenden Wagen anschlug, war so groß, daß der Kühlerknopf glatt abgerissen wurde. Die Lampen des Wagens wurden vollständig zertrümmert, ebenso die Schutzscheibe samt dem Rahmen. Der Führer wurde durch den Draht am Halse verletzt und erlitt einige Schnittwunden. Die Verletzungen sind nicht lebensgefährlich, jedoch mußte er einem Krankenhaus zugeführt werden. Zum Glück kam um die gleiche Zeit ein zweiter Personenwagen, so daß die Verbrecher verscheucht wurden. Die Zahl der Täter wird auf vier bis fünf geschätzt. Die polizeilichen Ermittelungen waren bis jetzt erfolglos.

Amtliches.

Auf Grund des § 1 der Oberpräsidialverordnung vom 16. Mai 1923 (Amtsblatt S. 187) setze ich die Frühjahrssperrzeit für Tauben für das laufende Jahr bis zum 30. April 1929 fest.

Berleburg, den 11. April 1929.

Der Landrat. J. V.: gez. Dr. Schmidt.

Es ist bestimmt in Gottes Rat,
daß man vom Liebsten was man hat,
muß scheiden.

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, unser innigstgeliebtes einziges Töchterchen, Schwesterchen, Enkelin und Nichte

Hedwig

nach kurzem, schwerem, mit großer Geduld ertragenem Leiden, im Alter von 5 Jahren, heute abend 7 Uhr zu sich in die Ewigkeit zu nehmen.

Dies zeigen tiefbetrübt an:

Familie Gustav Lange,
Louis Frettlöh.

Erndtebrück, Neheim-Hüsten u. Quickborn i. Holstein, 16. April 1929.

Die Beerdigung findet Samstag, den 20. April, nachmittags 2½ Uhr statt.

Ein Frühlingstraum,

Schauspiel in 6 Akten von Fr. Lehne

gelangt am **21. April,** abends 8 Uhr in

Erndtebrück, Hotel Patt

zur Aufführung.

Neuanfertigung
sämtlicher
Polster-Möbel

wie **Sofas, Matratzen usw.,** sowie das Aufarbeiten derselben wird prompt und billig ausgeführt, eventl. auch außer dem Hause.

Fr. Feuring - Polsterei - Laasphe

Wallstr. 33 b, Hinterhaus.

— Auch Eingang von Gartenstraße aus. —

Ibach Klavier-Stimmer

kommt in nächster Zeit nach dort. Stimmaufträge an **Rudolf Ibach Sohn,** Barmen, Neuerweg 40.

NORD DEUTSCHER LLOYD

Vorzügliche Reisegelegenheiten in allen Klassen auf behaglich ausgestatteten Dampfern von

BREMEN

nach

NORD-, MITTEL-, SÜD-
AMERIKA
Ostasien, Afrika, Australien
Direkter Dienst nach
CANADA
Reisegepäck-Versicherung

Kostenlose Auskunft durch unsere sämtl. Vertretungen

Norddeutscher Lloyd Bremen

in **Berleburg: Franz R. Holbach,** Jakob Noldestr. 4.
in **Biedenkopf: Paul Hause,** Hainstr. 15.
in **Essen:** Norddeutscher Lloyd, Generalagentur, Lloyd-Reisebüro G.m.b.H., Börsenhaus, Bahnhofsvorplatz.

Ein kräftiger

Junge

kann sofort in die Lehre treten bei

Theodor Preis,
Wagnerei und Küferei
Niederscheld (Dillkreis.)
(Kost u. Logis im Hause.)

Ordentlicher, kräftiger

Junge

im Alter von 17—18 Jahren, der mit Pferden umgehen kann, für sofort gesucht.

August Hahn,
Lohe b. Dahlbruch
Kr. Siegen.

Acker

vor den Hasseln zu verpachten.
Hartnack, Gartenstraße.

Schreibmaschine
„Orga Privat"
liefert zu Mk. 170.—
Auf Wunsch Teilzahlungen.
Aug. Mittelmann,
Laasphe.

2-3000 Mark

gesucht, gegen gute Sicherheit und schöne

Wohnung

von 3—4 Zimmern u. Küche in schöner Lage, bald beziehbar.

Angebote unter **W. 200** an die Geschäftsstelle der der Wittg. Ztg. erbeten.

Billiger Gemüse-Verkauf

morgen **Donnerstag** gegenüber dem **Wittgensteiner Hof** in **Laasphe. Rotkohl, Weißkohl, Wirsing** billig.

Prachtvoller **Blumenkohl** von **50 Pfg.** an.
Rote **Möhren** 5 Pfund RM. 1.—
Aachener **Speisezwiebeln,** 5 Pfund RM. 1.—
Prachtv. **Meerrettich,** schöne **Aepfel** 3 Pfd. M. 1.—
süße **Aepfelsinen** 15 Stck. von RM. 1.— an.

— Alles andere billig. —

Hermann Bröhl aus Elberfeld.

Zum Hausputz

empfehle:

O-Cedar-Mop
Sigella-Mop
Mop-Politur (auch lose)
Dompfaff-Bohnerwachs
Kinnessa-Holzbalsam
Ofen-Lack und Ofenwichse
Herdputzer
„Artifex" und „Blitz"
Herdschmirgel
„Tante Blank"
Messerputzschmirgel
Bohnerbesen
Bohnerwachseinreiber
„Prodomo"
Möbelputzer „Labor-Fac"
Teppichkehrmaschinen
Fensterleder
sämtliche Besen und Bürsten
u. s. w.

Aug. Mittelmann,
Laasphe.

S. G. V.
Abteilung Laasphe.

Die **Verpachtung der Wirtschaft** zum Gebirgsfeste findet Donnerstag Abend 6 Uhr im Wittgensteiner Hof statt.

Der Vorstand.

Düngekalk und Thomasschlackenmehl
— wieder eingetroffen. —
Landw. Ein- u. Verkaufsgenossenschaft Laasphe.

Gartensämereien,
frische, erprobte, keimfähige Ware, eingetroffen.
H. Seibel, Laasphe
Bahnhofstraße.

Frische Seefische!
Morgen Donnerstag:
Schellfisch, kopflos
Kabliau
und **grüne Heringe**
empfiehlt
H. Seibel, Laasphe
Fernsprecher 67.

Reichels
Husten-Tropfen
Marke Medico

das allerprobte Rezept, erhältlich in Apoth. u. Drog. Mk 0.80 und 1.50. Echt nur mit „Marke Medico".

Bestimmt zu haben bei:
M. Hintz, Wittg. Drogerie, Königstraße 28.

Frankfurter Rundfunkprogramm.

Donnerstag, den 18. April. 6.30: Morgengymnastik. Anschließend: Wetterbericht und Zeitangabe. 12.30: Schallplattenkonzert: Buntes Programm. 15.05—15.35: Stunde der Jugend. 15.55—16.05: Hausfrauendienst. 16.35—18.05: Klassische Operetten. 18.10—18.30: Lesestunde. 18.30—18.45: Werbevortrag der Reichspostreklame. 18.45—19.05: Stunde der Landwirtschaftskammer Kassel. 19.05—19.25: „Schallnachahmung und Funksprache", Vortrag von Alfred Auerbach. 19.25—19.45: Stenographischer Fortbildungskursus für Anfänger und Fortgeschrittene. 19.45—20.15: Stunde der Frankfurter Zeitung. 20.15—21.15: Konzert des Zika-Quartetts. 21.15: Abend der Gegensätze.

Radio-Anlagen

durch **H. Schröder, Laasphe, Kirchplatz 4, Tel. 111.**

Die Briefe der Prinzessin.

70] Erzählung von E. Ph. Oppenheim.

„Wie sollte ich dazu gekommen sein? Ich habe ja doch mit Martens niemals in einem Verkehr gestanden, der mir einen Einblick in seine Privatverhältnisse gewährt hätte. Aber ich meine, wir müßten der Aussage dieser Theaterdame große Bedeutung beilegen. Frauen sind in dieser Hinsicht sehr scharfsehend, und es sollte mich nicht sonderlich in Erstaunen setzen, wenn durch seine Verheiratung auch das Rätsel seines Mordes gelöst würde. Und dann, mein Himmel, daß wir daran noch nicht gedacht haben, die Briefe sind spurlos verschwunden. Wenn sich Martens nun darauf gefaßt gemacht hätte, daß man versuchen könne, sie ihm auf gewaltsame Weise zu nehmen, und wenn er sein kostbares Besitztum seiner Frau in Verwahrung gegeben hätte, von der ja doch niemand etwas wußte?"

„Auch ich habe diese Möglichkeit schon in Betracht gezogen. Aber es spricht doch auch sehr vieles dagegen. Martens ging mit der Absicht um, die Briefe an den Beauftragten des Prinzen Apraxin zu verkaufen; dazu aber mußte er sie doch bei der Hand haben, um sie dem Rechtsanwalt Berger vorzulegen. Außerdem ist es nicht recht wahrscheinlich, daß er ein Besitztum aus den Händen gegeben haben sollte, das er so leicht am eigenen Leibe verwahren konnte. Jedenfalls ist es müßig, sich den Kopf darüber zu zerbrechen, ehe sich unsere Vermutung, daß er verheiratet gewesen ist, überhaupt bestätigt hat. Und wir müssen jetzt vor allem mit diesem Dombrowski fertig zu werden suchen. Ich werde mich deshalb von Ihnen beurlauben müssen, gnädigste Gräfin; denn ich darf keine Zeit verlieren, den gefährlichen Menschen aufzusuchen."

Er hatte sich erhoben, und die Komtesse reichte ihm die Hand.

„Gehen Sie mit Gott!" sagte sie herzlich. „Und Sie benachrichtigen mich sogleich von dem Ergebnis Ihrer Unterredung mit Dombrowski, nicht wahr?"

„Gewiß! Ich werde mir erlauben, Sie wieder aufzusuchen, sobald mir unsere Angelegenheit Zeit dazu läßt. In jedem Fall aber erhalten Sie umgehend briefliche Nachricht."

Damit ging er, um Dr. Kurt Dombrowski aufzusuchen.

34. Kapitel.

Heinz war in den Klub gegangen, um die ihm unbekannte Adresse Dombrowskis zu erfragen, und er hatte vom Speisezimmer aus den Oberstleutnant auf seinem gewohnten Ehrenplatz im Rauchsalon sitzen sehen. Aber er hatte es nicht über sich gewonnen, zu ihm hineinzugehen, um ihn zu begrüßen.

Gewiß waren die Dinge, die er inzwischen erfahren hatte, nicht im mindesten danach angetan, seine Hochachtung und Verehrung für den trefflichen Mann zu verringern; aber er fühlte, daß er schon um der Geheimnisse willen, die er jetzt vor ihm zu hüten hatte, die frühere Unbefangenheit des Verkehrs nicht mehr würde aufbringen können, und er wünschte darum die erste Wiederbegegnung so weit als möglich hinauszuschieben.

Sobald er von dem Diener, der zugleich die Funktionen eines Klubsekretärs versah, die Adresse Dombrowskis erfahren hatte, machte er sich auf den Weg, den Polen aufzusuchen, denn vor der Hand erschien es ihm als die allerwichtigste Aufgabe, die Komtesse Hermine aus ihrer quälenden Sorge und Ungewißheit zu befreien.

Konnte schon die Straße, in der sich Dr. Dombrowski einquartiert hatte, keineswegs unter die vornehmeren gezählt werden, so fühlte sich Heinz vollends überrascht von der Armseligkeit des schmutzigen und verwahrlosten Hauses, das die ihm im Klub angegebene Nummer trug. Und er war sehr geneigt, an einen Irrtum des Dieners zu glauben, bis er an einer der drei Türen des obersten Stockwerks wirklich eine Visitenkarte mit dem Namen des Polen entdeckte. Jetzt verstand er allerdings, warum Dombrowski, wie es im Klub hieß, noch niemals einen seiner Bekannten aus diesem Kreise eingeladen hatte, ihn zu besuchen. Denn wie vorurteilsfrei man im Klub auch im allgemeinen sein mochte, und wie wenig Gewicht man auf die Vermögensverhältnisse der Mitglieder legte, daß ein augenscheinlich in recht behaglichen Umständen lebender Mann wie Dombrowski den schlechten Geschmack hatte, in solcher Umgebung zu hausen, würde man ihm doch vermutlich ernstlich verübelt haben, und es wäre ihm jedenfalls nicht erspart geblieben, allerlei anzügliche Bemerkungen darüber zu hören.

Da irgendeine Möglichkeit zu formeller Anmeldung offenbar nicht vorhanden war, klopfte Heinz an die durch die Karte bezeichnete Tür, und das Geräusch eines zurückgeschobenen Riegels verkündete ihm die Anwesenheit des Gesuchten.

Eine Sekunde später tauchte das blasse, gelbliche Gesicht des Polen in dem Spalt der nur um ein Geringes geöffneten Tür auf, aber in den undurchdringlichen Zügen offenbarte sich nichts von irgendwelcher Ueberraschung bei dem Anblick des sicherlich doch unerwarteten Besuchers.

„Guten Tag, Herr Hollfelden! Es ist ein glücklicher Zufall, daß Sie mich um diese Zeit zu Hause finden. Wollen Sie gefälligst näher treten!"

Das war alles, was er auf den höflich stummen Gruß des Ankömmlings zu erwidern hatte. Und so wenig das Erscheinen des Mannes, der in ihm doch nur noch einen Feind sehen konnte, ihn in Erstaunen zu setzen schien, so wenig Verlegenheit bereitete ihm unverkennbar die Bescheidenheit des Milieus, in dem er sich von dem eleganten jungen Schriftsteller antreffen lassen mußte.

In der Tat aber konnte man kaum einfacher und anspruchsloser wohnen. Wären nicht die hohen, dicht gefüllten Bücherregale gewesen, die zwei Wände des schmalen Zimmerchens vollständig bedeckten, so würde man sich etwa in der Behausung eines schlecht bezahlten Advokatenschreibers oder auf der Bude eines blutarmen Studenten geglaubt haben. Daß ein Mann, der für die Schützlinge des Oberstleutnants oder für die in Not geratenen Mitglieder des Klubs jederzeit eine offene Hand hatte, für seine eigene Person so ganz auf jede häusliche Bequemlichkeit Verzicht leisten könne, würde gewiß niemand von seinen Bekannten für möglich gehalten haben.

Aber Dombrowski selbst hatte dafür offenbar kein Empfinden. Er deutete mit artiger Handbewegung auf den einen der beiden vorhandenen wackligen Rohrstühle, während er selbst sich in einer anscheinend schon zur Gewohnheit gewordenen Pose an das Büchergestell lehnte, die verschleierten Augen kalt und ruhig auf das Gesicht des anderen gerichtet.

„Ich erfuhr von meiner Wirtin, daß Sie mir während meiner Abwesenheit Ihren Besuch zugedacht hatten, Herr Doktor," eröffnete Heinz das Gespräch. Und der Pole stimmte mit leichtem Kopfnicken zu

„In der Tat, ich nahm mir die Freiheit, bei Ihnen vorzusprechen. Daß Sie sich aber daraufhin gleich nach Ihrer Rückkehr in eigener Person zu mir bemühen würden, ist mehr Liebenswürdigkeit, als ich erwartet hätte. Und ich bedauere um so mehr, Ihnen diese Unbequemlichkeit verursacht zu haben, als sich der Zweck meines Besuches inzwischen erledigt hat." (Forts. folgt.)